

Liebe Aumühlerinnen und Aumühler,

**am 6. Mai wählen Sie
einen neuen Landtag.**



Olaf Schulze, Landtagsabgeordneter

1967 wurde ich in Geesthacht geboren. Nach 19-jähriger Berufstätigkeit als Gas- und Wasserinstallateur und mehrjähriger Tätigkeit als Gewerkschaftssekretär der IG BAU, vertrete ich Sie seit 2005 als Landtags-Abgeordneter in Kiel. 1985 begann mit dem Eintritt in die SPD mein politisches Engagement. Als Kommunalpolitiker in Dassendorf und Geesthacht habe ich die Sorgen und Nöte der kleinen Kommunen und Städte kennengelernt.

In Schleswig-Holstein wurde zwischen 2005 und 2009 gerade in der Schul-, Sozial- und Energiepolitik vieles durch die SPD erreicht: Schulreform, beitragsfreies letztes Kindergartenjahr, mehr gemeinsames Lernen durch Gemeinschaftsschulen bis hin zur Initiative „Kein Kind ohne Mahlzeit“. Leider hat die CDU/FDP-Landes-Regierung diese Politik in den vergangenen drei Jahren nicht fortgeführt, sondern beim Gastschulabkommen mit Hamburg, G8/G9-Abitur an den Gymnasien und bei der Schülerbeförderung auf ganzer Linie versagt.

Für mich ist nachhaltige Politik in allen Bereichen besonders wichtig, es dürfen nicht kurze Erfolge im Vordergrund stehen. Wir brauchen eine abgestimmte Politik – von guten Kita-Angeboten bis zur Möglichkeit älterer Menschen, länger zu Hause wohnen zu können. Gute Bildungspolitik braucht längeres gemeinsames Lernen und die Chance, den bestmöglichen Schulabschluss zu erreichen. Wir brauchen Gemeinschaftsschulen mit gymnasialer Oberstufe und dem Angebot des G9-Bildungsgangs. Die Rechte von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern liegen mir durch mein Gewerkschaftsengagement besonders am Herzen. Als energiepolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion werde ich mich auch weiterhin für die dringend erforderliche Energiewende einsetzen. Erneuerbare Energien sind die Zukunft und schaffen Tausende von Arbeitsplätzen.

Meine politische Gestaltungskraft möchte ich auch im neuen Landtag für die Bürgerinnen und Bürger unseres Schleswig-Holsteins einsetzen. Unser Land braucht nach dem 6. Mai gute Bildungspolitik, nachhaltige Energiepolitik, soziale Gerechtigkeit, gleichen Lohn für gleiche Arbeit, Tariftreue und Mindestlöhne.

Ihr **Olaf Schulze**

Herausgeber:
SPD-Ortsverein Aumühle, V.i.S.d.P. Uwe Edler,
Große Straße 3 – 21521 Aumühle – 04104 6836
Redaktionsschluss: 25. April 2012 – Auflage: 1. 500
Weitere Informationen unter: www.spd-aumuehle.de



im blickpunkt aumühle:

Informationen der SPD Aumühle zu kommunalpolitischen Themen

Mai 2012

Am 6. Mai haben Sie Gelegenheit, über den neuen Landtag und die Landesregierung von Schleswig-Holstein zu entscheiden. Das wird auch Auswirkungen für unsere Gemeinde haben. Wir möchten deshalb die Gelegenheit nutzen, Ihnen eine kurze Zusammenfassung aktueller Kommunalpolitischer Themen zu geben. Einzelheiten erfahren Sie stets aktuell unter www.spd-aumuehle.de

Gemeindefinanzen



Entwicklung der Rücklage der Gemeinde Aumühle seit 2008

Aumühle gehört zu den wenigen Gemeinden im Land, die zurzeit noch über eine Rücklage verfügen, aus der unvorhergesehene, dringend erforderliche Ausgaben bestritten werden können. Das haben wir der Umsicht und vorsichtigen Ausgabenpolitik der Gemeindevertretungen der letzten Jahrzehnte zu verdanken. Dabei ist zu bemerken, dass es in den letzten Jahren oft nicht auf Anrieb gelang, die laufenden Ausgaben (Verwaltungshaushalt) durch Steuereinnahmen zu decken, sondern meistens musste zunächst auf Zuführungen aus dem Vermögenshaushalt zurückgegriffen werden. Erfreulicherweise zeigte sich dann oft am jeweiligen Jahresende, dass die Planungen so vorsichtig und konservativ waren, dass der Verwaltungshaushalt durch Einsparungen und Steuer-Mehreinnahmen schließlich doch ausgeglichen werden konnte. Es wäre aber leichtsinnig, davon auszugehen, dass das auch in Zukunft immer gelingen wird. Durch die verbesserte Betreuung der Kinder in Krippe, Kindergärten und Grundschule sind die laufenden Ausgaben der Gemeinde für die ein- bis zehnjährigen Kinder auf knapp 700-tausend Euro pro Jahr angestiegen. Hinzu

kommen noch gut 300-tausend Euro Schulbeiträge für die weiterführenden Schulen außerhalb von Aumühle, so dass die Gemeinde jährlich rund eine Million Euro für die Bildung und Betreuung der Kinder ausgibt. Von den rund 2,9 Millionen Euro jährlichen Steuereinnahmen bleiben somit nach weiterem Abzug von ca. 1,6 Millionen Euro an Umlagen für Verwaltung auf Amts- und Kreisebene gerade mal etwa 300-tausend Euro pro Jahr übrig für die Unterhaltung z.B. von Straßen, Beleuchtung, Gehwegen, Regensielen, Sportanlagen, Feuerwehr. Es ist also nötig, alle Ausgaben darauf hin zu prüfen, ob sie wirklich unumgänglich sind.

Der schlechte Zustand vieler Gemeindestraßen und Regensiele wird in den nächsten Jahren erhebliche Investitionen erfordern. Während die Rücklage der Gemeinde im Jahre 2008 noch gut 3 Millionen Euro betrug, ist der jetzt noch verfügbare Betrag auf rund eine Million zusammengeschrumpft, nachdem für Modernisierung der Grundschule, Bau von Krippe und Mensa, Umbau von Schulhof und Spielplatz sowie energetische Sanierung des Schulgebäudes rund 2 Millionen Euro Gemeindegelder investiert wurden. Die Hoffnung, die in die energetische Sanierung des Schulgebäudes investierte Million durch Energieeinsparungen in vertretbarer Zeit wieder hereinzuholen, muss wohl nach den bisher vorliegenden Zahlen zum Energieverbrauch in der Schule aufgegeben werden. Insofern wird die SPD-Fraktion streng darauf achten, dass zukünftige Investitionen zur Reduktion des CO₂-Ausstoßes noch kritischer auf ihre Rentabilität geprüft werden, damit wir den nachfolgenden Generationen keinen Schuldenberg hinterlassen. Vor diesem Hintergrund wird deutlich, dass es keinen Spielraum für „Wahlgeschenke“ bei der Kommunalwahl im nächsten Jahr gibt.

Familienpolitik

Die SPD Aumühle setzt sich seit Jahren aktiv für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ein. Bereits 1998 haben wir den Bau eines zweiten Kindergartens und die Übertragung der Trägerschaft an den Verein Montessori-Kinderhaus maßgeblich unterstützt. Damit verfügt Aumühle jetzt über rund 100 Kindergartenplätze für Drei- bis Sechsjährige in zwei Kindergärten mit unterschiedlicher pädagogischer Ausrichtung. Im März 2007 wurde der Wunsch vieler berufstätiger Frauen an die Gemeinde herangetragen, auch eine Betreuung von Kindern unter drei Jahren zu schaffen. Eine Elternbefragung zur Feststellung des Betreuungsbedarfs in der Gemeinde zeigte deutlich, dass Bedarf bestand. Daraufhin ging es aktiv an die Schaffung der gewünschten 20 Krippenplätze.

Aus Reihen der SPD-Mitglieder kam der Vorschlag, vorläufig ein Haus in der Großen Straße anzumieten und kindgerecht umzubauen. Im Februar 2008 zogen dort 20 Kinder aus Aumühle mit 5 Erzieherinnen ein. Zwanzig Aumühlerinnen wurde durch die ganztägige Betreuung ihrer Kinder die Möglichkeit gegeben, Familie und Beruf zu vereinbaren. Durch das Engagement der SPD gelang die Umsetzung dieser Familienpolitik bereits fünf Jahre vor dem vom Gesetzgeber geforderten Termin 2013. Die dortige Unterbringung der Kinderkrippe war von vornherein nur als vorübergehende Lösung geplant. Die SPD-Fraktion hat sich von Anfang an für einen „maßgeschneiderten“ Neubau einer größeren

Kinderkrippe eingesetzt. Vorschläge für einen kostspieligen Umbau bestehender Gebäude – wie sie von der UWG favorisiert wurden – haben wir stets als „Notlösung“ betrachtet und deshalb abgelehnt.

Nach heftigen Diskussionen in Ausschüssen und Gemeindevertretung gelang es der SPD-Fraktion schließlich, eine breite Zustimmung für den Neubau der jetzigen Kinderkrippe zu bewirken. Hohe Zuschüsse von Kreis, Land und Bund für den Neubau hielten dabei die Belastung für die Gemeinde in Grenzen. Seit Oktober 2011 besuchen 30 Aumühler Kinder die Krippe.

Baumschutz

Seit gut einem Jahr beschäftigt sich die Gemeindevertretung mit der Frage, ob die seit 1998 geltende Baumschutzsatzung für Aumühle geändert werden sollte. Auf Wunsch der UWG wurde Prof. Dr. Dujesiefken beauftragt, den Umweltausschuss und die Gemeindevertretung als Sachverständiger zu beraten. Sein Rat war eindeutig: Die Satzung sollte nicht verändert werden, da sie größtmögliche Rechtssicherheit bietet und den wertvollen Baumbestand am besten schützt.

Die SPD-Fraktion ist der festen Überzeugung, dass nur mit der bestehenden Baumschutzsatzung der spezielle Charakter von Aumühle erhalten bleibt. Neben Festsetzungen über Mindest-Grundstücksgrößen und Ausmaß der Bebauung – die in Bebauungsplänen geregelt sind – gehört auch effektiver Schutz großer Bäume zu den Mitteln der Gemeinde, den Ortscharakter zu wahren. Die SPD-Fraktion schlug vor, ein Merkblatt mit allgemeinen Erläuterungen und speziell zu den in der bestehenden Satzung vorgesehenen Ausnahmen und Befreiungen für die Bürger bereitzustellen, um Missverständnisse beim Beantragen von Baumfällungen zu vermeiden. Ferner seien die Bearbeitungsmodalitäten von Anträgen mit dem Amt abzustimmen. UWG und CDU schlugen vor, zahlreiche Baumarten vollständig aus den Schutzbestimmungen herauszunehmen. Dies – so führte Prof. Dujesiefken aus – brächte Unsicherheit, da die Bürgerinnen und Bürger sich dann beim Fachdienst Naturschutz der Kreisverwaltung erkundigen müssten, ob ein bestimmter Baum auf ihrem Grundstück durch überörtliche Bestimmungen geschützt ist, um ggf. dort eine Genehmigung zu beantragen. Durch die Aumühler Satzung wird diese Verantwortung auf den Sachbearbeiter im Ordnungsamt übertragen. Die Erfahrung des letzten über zehn Jahre hat gezeigt, dass nur bei einem kleinen Prozentsatz der Anträge auf Baumfällung Meinungsverschiedenheiten zwischen Grundstückseigner und Verwaltung auftraten, die meist in gegenseitigem Einvernehmen gelöst werden konnten.

Leider konnte sich die SPD-Fraktion mit ihrer Meinung in der Gemeindevertretung nicht durchsetzen. Auch wenn die ursprüngliche Absicht der UWG, die Baumschutzsatzung völlig abzuschaffen, nicht weiter verfolgt wurde, bestanden UWG und CDU doch darauf, Nadel-, Obstbäume und weitere Baumarten aus dem Schutz der Satzung herauszunehmen.

Weitere Einzelheiten zu diesen und anderen aktuellen kommunalpolitischen Themen finden Sie auf unserer Internet-Seite: www.spd-aumuehle.de